

Gärtner-Zeitung

Organ des Verbandes der Gärtner und Gärtnerarbeiter, Sitz Berlin

Veröffentlichungsblatt der Gärtner-Krankenkasse (Ersatzkasse), Sitz Hamburg

Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 1,50 M.
vierteljährlich durch Streifband 1,80 M.

Schriftleitung: Berlin C 2, An der Straßauer Brücke 6, IV
Tel. Königstadt 6095 — Postscheckkonto: Berlin 10301

Erscheint alle 14 Tage Sonnabends

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Millimeterzeile 0,15 Goldmark. Bei Abschlüssen Rabatt, der nur als Kasserabatt gilt. Verbandsmitglieder zahlen für Gelegenheitsanzeigen pro Wort 0,10 Goldmark, das fettgedruckte Überschriftswort 0,30 Goldmark. Die Preise sind freibleibend. — Alleinige Anzeigenannahme: Krieger-Dank G. m. b. H., Berlin SW 11, Königgrätzer Straße 97. Fernsprecher: Hasenheide 2780, 2781, 4718, 4738, 4739, 4759. Postscheckkonto Berlin 479 10.

Kundgebung unseres Verbandes.

Wichtige Organisations- und Wirtschaftsfragen machen eine Konferenz des Verbandsbeirates notwendig, die zum 26. und 27. August einberufen ist. Anlässlich dieser Tagung und zwar am Freitag, den 26. August, nachmittags 1 Uhr veranstalten wir im Hause des Reichswirtschaftsrates, Berlin, Bellevuestr. 6, eine

Kundgebung

mit folgender Tagesordnung:

1. Unsere Stellungnahme zum Arbeitsschutzgesetz.
2. Weshalb fordern wir die Einbeziehung der Gärtner in das Berufsausbildungsgesetz?
3. Nicht Abbau, sondern Erweiterung der Staats- und Gemeindegärtnereien ist notwendig.

Es mag vermessen scheinen, wenn wir als kleinere Organisation uns an die Öffentlichkeit, an die Behörden des Reiches und der Länder wenden, um unsere Wünsche und Forderungen zu den schwebenden Gesetzentwürfen und zu brennenden Tagesfragen vorzutragen. Aber angesichts der lauten Propaganda und der eifrigen Beeinflussungsarbeit unserer Arbeitgeber muß dieser Weg beschritten werden. Andernfalls laufen wir Gefahr, daß die Arbeitgeberwünsche als die alleinigen des Berufes angesehen werden. Auf den zahlreichen Arbeitgeberveranstaltungen trägt man die Not des Berufes vor, die von uns nicht verkannt wird. Wir wenden uns aber entschieden dagegen, daß diese beseitigt werden soll auf Kosten der Arbeiterschaft, durch Verschlechterung ihrer sozialen Rechte.

Mit allem Nachdruck wurde von jener Seite verlangt, daß die Gärtnerarbeiter dem Erwerbslosenversicherungsgesetz nicht unterstellt werden sollen. Es ist durch die Beweiskraft unseres statistischen Materials gelungen, diesen Angriff abzuschlagen.

Jetzt wird aber gefordert, daß die Gärtner dem Arbeitsschutzgesetz nicht unterstellt werden soll, es soll die Arbeitszeit der Landwirtschaft maßgebend sein, der Schutz der jugendlichen und weiblichen Personen wird als unnötig bezeichnet. Gleichzeitig führen die Unternehmer den heftigsten Kampf gegen die Arbeitszeitverordnung vom 14. 4. 1927; sie behaupten, Gärtner ist Landwirtschaft. Man beliebt es so darzustellen, als wenn wir die Anwendung des schematischen Achtstundentages forderten. Das ist uns nie eingefallen, stets haben wir den Belangen des Berufes im weitesten Maße Rechnung getragen.

Aber auch das im Entwurf vorliegende Berufsausbildungsgesetz wollen die Unternehmer für unseren Beruf nicht angewandt wissen, obwohl ihnen die unhaltbaren Zustände in unserem Lehrlings- und Fortbildungswesen zur Genüge bekannt sind. Statt mit größter Genugtuung eine solche Regelung, die den Beruf der Gesandung entgegenführt, zu begrüßen, lehnt man sie ab, denn „die Gärtner ist Landwirtschaft“!

Mit besonderem Eifer und leider mit teilweise Erfolg fordern die Unternehmer den Abbau der öffentlichen Gärtnerbetriebe, der großen Staats- und Stadtgärtnereien, die unsere modernen Großstädte verschönern, ihre gesundheitlichen Verhältnisse bessern und den unteren Volksschichten ein wenig Natur schenken.

Obwohl wir die schwierige Lage unseres Berufes nicht verkennen, können wir nicht zugeben, daß die Hebung des Berufes auf solche Weise mit derartigen Mitteln durchgeführt werden soll. Dagegen erheben wir unsere Stimme, deshalb wollen und müssen wir unsere Stellungnahme zu den brennendsten Fragen des Berufes in aller Öffentlichkeit vortragen. Wir hoffen, daß wir bei der Öffentlichkeit und den Behörden in gleichem Maße wie unsere Unternehmer Gehör finden. Wir hoffen aber auch bestimmt, daß unsere Mitglieder der Tagung zahlreich beiwohnen werden.

Der Verbandsvorstand.

Für die Zeit vom 7. bis 13. August ist der 32. und vom 14. bis 20. August der 33. Wochenbeitrag fällig.

Ehrentafel unserer alten Garde.

In unsere Ehrentafel haben wir folgende Kollegen aufgenommen, die nunmehr seit 25 Jahren Mitglieder unseres Verbandes sind:

Ernst Kaufmann, Leipzig, dort eingetreten am 1. Juni 1902.

Max Jentsch, gepr. Gartenmeister, eingetreten am 20. Juni 1902 in Merseburg, seit 1908 ununterbrochen in Vertrauensämtern für unsere dortige Verwaltung tätig.

Willy Steeg, Frankfurt a. M., eingetreten am 26. Juli 1902.

Der schlesische Gärtneritag.

Mit nicht geringer Spannung hatten unsere schlesischen Kollegen ihrem Gärtneritag entgegengesehen, mischte sich in ihre freudige Erwartung doch auch einiges Bangen, ob nach dem großen Tag des vorigen Jahres in Dresden in diesem Jahre Liegnitz eine genügend starke Anziehungskraft ausüben würde, umso mehr als auch der Wettergott bisher so selten ein heiteres Gesicht gezeigt hatte. Doch schon der Begrüßungsabend ließ die Bedenken schwinden. Von Berlin war schon am Sonnabend ein stattlicher Trupp in Liegnitz eingetroffen, auch Breslauer Kollegen hatten sich neben mehreren in der Provinz verstreut sitzenden Gutsgärtnerkollegen in so erfreulicher Anzahl eingefunden, daß der kleine für diesen Abend vorgesehene Saal vollgefüllt war. Mit besonderer Freude wurden die bereits anwesenden Vertreter des Verbandsvorstandes Thuill und Lehmann, die Kollegen Haucke, Dresden, und Gimpel, Essen, begrüßt.

Nach dem interessanten historischen Rückblick, den Kollege Kietz, Breslau, über die ersten Schritte unsere Organisation und ihrer Entwicklung in Schlesien gab, wobei er so manche charakteristische Episode an Hand von Versammlungs- und Verhandlungsprotokollen heraus hob, und nachdem die erforderlichen Erläuterungen gegeben und die durchweg anerkannt wertvollen Logis vergeben waren, nahmen wohl die meisten der Teilnehmer noch in den späteren Abendstunden (weil dann der Eintrittspreis auf 50 Pf. ermäßigt) eine erste Besichtigung der Ausstellung vor, die sich in einer sehr wirkungsvollen Konturenbeleuchtung der Ausstellungshallen und anderer Gebäude, der Roseninsel und des heizbaren Teiches recht gut präsentierte.

Am frühen Morgen rückten dann aber die Massen unserer Mitgliedschaften aus Dresden und Breslau an, die kleineren Gruppen, viele Einzelmitglieder des Gau Schlesien, aber auch Berlin sandte noch einen Trupp Nachzügler, und selbst aus den Gauen Leipzig, Frankfurt a. M. und Hamburg meldeten sich Kollegen, die die weite Reise und verhältnismäßig hohen Kosten nicht gescheut hatten, zu dem „Tage der Gärtner Schlesiens“ die Gefilde ihrer Heimat wieder einmal aufzusuchen. Mehr als 500 Personen zogen gruppenweise in die „Gugali“, so daß beinahe es an kundigen Führern mangelte, bzw. die Gruppen zu groß wurden.

In erster Linie ging es natürlich in die Gartenbau-Ausstellung, die allgemeine Anerkennung fand, die nur auf der Terrasse vor den Bergerhallen eine satyrisch-ironisch-humoristische Note annahm, als die Bepflanzung einiger Sommerblumenbeete durch eine sagenhafte „Privatgärtnervereinigung“ besichtigt wurde. Später erfuhren wir, daß es das Reklameschild des christlich-deutschen nationalen Gärtnerverbandes ist, unter dem dieser seine angeblich gewerkschaftliche Tätigkeit in Schlesien betreibt.

Nach dieser kleinen Abschweifung sei noch eine zweite gestattet, nämlich die Beobachtung, daß ganz allgemein die Gartenbauausstellung einen stärkeren Besuch des Publikums aufzuweisen hatte als die Gewerbeschau. Das ist gewiß nicht nur darauf zurückzuführen, daß die in der ersteren gebotenen Leistungen recht gute sind, sondern daß der Sinn für Blumen und Pflanzen und deren praktische oder schöne Verwendung außerordentlich weit verbreitet im deutschen Volke ist. Diesem Umstand dürfte es vor allem zu danken sein, wenn heute schon trotz des bisher nicht allzu günstigen Wetters auch der finanzielle Erfolg der Liegnitzer „Gugali“ gesichert ist.

Der Gärtnertag

fand im großen Saale des Volkshauses statt, das recht günstig, in unmittelbarer Nähe der Ausstellung, gelegen ist. Diesen Umstand lernten wir jedoch auch diesmal von zwei Seiten zu würdigen. Eine nicht geringe Zahl von Teilnehmern ließ sich durch diese Nähe nämlich verleiten, nach eingenommenem Mittagmahl das Volkshaus bald wieder zu verlassen, so daß leider unsere Tagung nicht alle Teilnehmer unserer Fahrten vereinte. Bei dem aus unserem Programm doch deutlich ersichtlichen Bemühen, die Verhandlungen auf das dringlichst Notwendige zu beschränken, durfte ein besserer Zusammenhalt erwartet werden. Immerhin war der Saal gut gefüllt von etwa 350 Teilnehmern. Beinahe pünktlich zur angesetzten Zeit, trotz einiger widriger Umstände, leitete der „Liegnitzer Männerchor“ unseren schlesischen Gärtnertag mit einigen gut gewählten und ebenso gut vorgetragenen Kampfliedern stimmungsvoll ein, worauf Kollege Köchel herzliche Worte an die Kollegenschaft und die Gäste richtete. Unserer Einladung hatten Folge geleistet der Oberpräsident z. D. und Schlichter für den Bezirk Niederschlesien Philipp, Breslau, der Vorsitzende des Landesverbandes Schlesien im „R. d. d. G.“ M. Tillack, Breslau, der Gartenmeister Kliem, Breslau, für den „Reichsverband der deutschen Gartenbaubeamten“, der Vorsitzende der „Schlesischen Gartenbauwoche“ Ökonomierat F. Stämmler, Liegnitz, der Landtagsabgeordnete Fritzsche, Liegnitz, und der Vorsitzende des Ortsausschusses Liegnitz des ADGB, Kollege Hering.

Als Vertreter des „Deutschen Gärtner-Verbandes“, unserer Gegenfüßler, hielten später während der Tagung einige Kollegen unter Führung des Landarbeiters Geyer, sichtlich überrascht durch den guten Besuch und Verlauf unserer Tagung, ihren Einzug in den freigewählten Hintergrund. Zum ersten Punkt der Tagesordnung nahm Kollege Lehmann das Wort, um den augenblicklichen Stand des

Kampf um unser Arbeitsrecht

darzustellen. Die Unterstellung der Gärtnerei unter das Gesetz über die Arbeitslosenversicherung und der Entscheid des Schlichters in Dresden, nach dem die Arbeitszeitverordnung für den sächsischen Landestarif anzuwenden ist, seien hervorgehoben als Erfolge in diesem Kampfe, der von den Garten-Bauern schmählich verlorene Meineidsprozeß in Düsseldorf, die von Fall zu Fall wechselnde Konstruktion des Begriffes „Gartenbau“ seitens des R. d. d. R. und die Fälschung einer Entscheidung des Oberlandgerichts in Bochum als Merkmale der Kampfmethoden der Gegenseite.

Nach einer kritischen Würdigung der Denkschrift des „Bundes der Baumschulenbesitzer“, die durch einige Bilder aus der Firma Spüth den landwirtschaftlichen Charakter der Baumschulen beweisen zu können glaubt, kam der Redner bezüglich des Arbeitsschutzgesetzes zu dem Schluß: „Ein rationeller Betrieb, wie eine Baumschule ihn darstellt, erfordert eine intensivere Tätigkeit des Personals, einen größeren Einsatz ihrer physischen und geistigen Kräfte. Eine so stärker ausgebeutete Arbeitskraft aber hat das Anrecht auf größeren Arbeitsschutz. Den Unternehmern aber genügt, wie es auf Seite 8 ihrer Denkschrift heißt, es nicht, wenn dem Berufe eine längere Arbeitszeit bewilligt wird. Wird aber für die Baumschulen und den „Gartenbau“ überhaupt eine noch stärkere Ausnutzung der Arbeitskraft der Arbeitnehmer verlangt, so ist schon deshalb die Unterstellung unter das Gesetz notwendig, selbst wenn die Begründung des BDB nicht so absichtlich irreführend wäre, wie sie es ist.“

Zum Berufsausbildungsgesetz verwies der Referent auf die Tatsache, daß noch im Jahre 1922 die Regelung des gärtnerischen Lehrlingswesens durch das Berufsausbildungsgesetz auch von unseren Arbeitgebern gutgeheißen wurde, während die jetzige rein auf die Politik des Landbundes dressierte „fachmännische“ Leitung des R. d. d. G. auch die Anwendung dieses Gesetzes auf die Gärtnerei ablehnt. Die Arbeitnehmer fordern demgegenüber die endliche gesetzliche Regelung deshalb, weil es nicht länger mehr zu ertragen ist, daß 1. die Lehrlingshalter auf alle Maßnahmen im Lehrlingswesen den alleinigen Einfluß haben, 2. ohne den gesetzlichen Zwang ein erheblicher Teil der Lehrbetriebe nicht erfährt wird, wodurch nur ihren Opfern, den künftigen Gehilfen in steigendem Maße Schwierigkeiten erwachsen, 3. unsere Lehrlingszüchter neue Methoden erfinden, um die Richtlinien der Landwirtschaftskammern zu umgehen zum Zwecke unmäßiger Heranbildung von Lehrlingen,

Gerade die Gärtnerei stellt hohe körperliche und geistige Anforderungen an ihre Arbeitnehmer, deshalb aber haben diese auch ein Recht auf Maßnahmen, die ihnen eine diesen Aufwendungen angemessene Existenz gewährleisten, und auf eine gleichberechtigte Mitwirkung, wie der jetzige Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes sie vorsieht.

Kein Abbau, sondern Aufbau

der staatlichen und gemeindlichen Gärtnereien lautete das Thema, zu dem dann Kollege Haucke, Dresden, in Vertretung des leider wegen dringlicher Verbandsgeschäfte behinderten Verbandsvorsitzenden sprach. Nach einer Schilderung der früheren, überaus traurigen Zustände der Garten- und Parkanlagen unserer großen Städte, als die Stadtverwaltungen sich ihrer diesbezüglichen Aufgaben noch nicht bewußt waren, als im besonderen auf den Friedhöfen der tollsten Kunststücken unserer Handels- und Landschaftsgärtner der weiteste Spielraum gelassen war, anerkannte der Redner die Leistungen der gemeinnützigen Betriebe und erörterte die Vorteile solcher Bewirtschaftung. Gegenüber den Forderungen jener Konferenz der Unternehmerspitzenverbände im November vorigen Jahres, die die völlige Auslieferung der Betriebe der öffentlichen Hand an die private Profitwirtschaft verlangte, weist er auf die vielen und vielfachen Steuern hin, die gerade von den Massen aufgebracht werden für die Einrichtung und Unterhaltung der öffentlichen Betriebe, aber auch auf die Millionen und Milliarden, die die Privatwirtschaft in Form von Krediten erhalten hat zur Rationalisierung ihrer Betriebe. Ausgehend von den Darlegungen des Gartenarchitekten Riemann, Berlin, zeigt er sodann die weitgehenden Ziele unserer gärtnerischen Unternehmer auf, um denen entgegenzustellen die Forderungen, die wir als Arbeitnehmer in Gestalt besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, aber auch als Bürger unserer Städte und Staaten zu erheben haben.

Starker Beifall lohnte die beiden Redner des Tages und zeigte ihnen, daß ihre Darlegungen und Forderungen den rechten Kontakt bei der Kollegenschaft ausgelöst hatten. So konnten denn die Schlußansprachen der Kollegen Kietz und Köchel mit Recht der freudigsten Genugtuung über die eindrucksvolle Kundgebung der arbeitnehmenden Gärtner Schlesiens Ausdruck geben und begeistertsten Widerhall finden.

Die Ausflüge.

Die Annahme, daß das diesjährige Mekka der Gärtner, in fast gelungener Nachbildung arabischer Sprachschönheiten „Gugali“ oder noch poetischer „Gugaline“ genannt, und unser Gärtnertag vor allem die in und um Liegnitz beheimateten Kollegen anziehen würde, hat sich bewahrheitet. Schon am Sonntag sah man so manchen Kollegen, von seinen heimatlichen Verwandten begleitet, in der Ausstellung allmählich eigene Wege gehend. So war denn die Zahl derer, die sich zu den vorgesehenen Ausflügen meldeten, verhältnismäßig klein. Die Gruppe, die am Montag früh nach Breslau fuhr, um dort städtische und gärtnerische Sehenswürdigkeiten zu besichtigen, setzte sich überwiegend aus sächsischen und schlesischen Kollegen zusammen, die am Abend des Montags sich auch bereits wieder trennen mußten, weil Zeit oder Geld, meist wohl gar beides, nicht weiter reichten.

Wesentlich stärker in der Zahl und auch ausdauernder war die Gruppe, die einen Sonderwagen der deutschen Reichsbahn am Montag morgen in fröhlicher Stimmung füllte, um in Rübezahls Reich, ins Riesengebirge, auszuwandern. Noch am selben Nachmittag wurde trotz starken Windes von auf zwei verschiedenen Wegen marschierenden Kolonnen die „Schneekoppe“ erstürmt, von denen die eine am nächsten Morgen um 3.45 Uhr zu einem erneuten Sturmangriff gegen die die Koppe gewaltig umbrausenden Naturgewalten antrat. Doch Rübezahl blieb am Morgen noch Sieger, der erhoffte Genuß eines Sonnenaufganges auf der Schneekoppe blieb den Frühaufstehern und Unentwegten versagt. Aber bis zum Abend streckte Rübezahl die Waffen gegenüber dem Trupp, der nach Durchwanderung des Elbtals an „St. Peter“ und „Spindelmühle“ vorbei die schroffen Höhen zum „Elbfall“ und zur „Elbquelle“ hinauf nochmals erklimmte. Immer schöner ward der Tag, und am Abend lohnte uns, auf dem „Veilchenstein“ zu einer Dankkundgebung für unseren ausgezeichneten Führer, Kollegen Haucke, versammelten, ein Sonnenuntergang, der in unserer Erinnerung nie verblasen wird.

Und als ich dann an der Quelle der Elbe saß, um einen Trunk zu schöpfen, da dachte ich des geistigen Bandes, das Kollegen Haacker im vorigen Jahre in einer Betrachtung der Ausläufer seiner Eindrücke geschlungen hatte um die beiden am gleichen Strom gelegenen Städte und Mittelpunkte unserer Organisation, Hamburg und Dresden. Und es kam mir so stark und deutlich wie nie zuvor die Erkenntnis der Notwendigkeit, die Dingen nachzuspüren und nachzugehen bis zu ihrem Ursprung, zu ihrem Quell. Und noch größer ward in mir die Freude, daß am „Tage der Gärtner Schlesiens“ in Liegnitz und am den ihm folgenden das Band der Zusammengehörigkeit der Schlesier mit den Kollegen im ganzen weiten Deutschland noch fester geknüpft werden konnte. Vom Kamm des Riesengebirges

hinab und hinaus schauend ins schöne Schlesierland fühlten wir aus den verschiedensten Gauen Gekommenen uns fest verbunden mit unseren Kollegen aus Schlesien und einig, auch in dem Ziel, das von dem Begriff Urlaub umspannte Streben baldigst für alle Kollegen der Gärtnerei zu verwirklichen, damit solche Tage, wie Liegnitz einer war, von immer größeren Scharen unserer Kollegen miterlebt werden können.

Gärtnerei ist nicht Landwirtschaft.

Eine wichtige Erklärung des Reichsarbeitsministeriums.

In dem Bericht über die Verabschiedung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes in der letzten Nummer konnten wir nur erst ganz kurz die Verhandlungen im Reichstage skizzieren, die sich um die Gärtnerei drehten. Bei dem gesteigerten Interesse, das die Fragen des gärtnerischen Arbeitsrechtes im jetzigen zu entscheidenden drängenden Stadium erheischen, erscheint es aber wichtig und wertvoll, die im Reichstage gemachten Ausführungen im Wortlaut festzuhalten.

Von der Deutschnationalen Volkspartei, der bekanntlich auch die beiden Gärtnerchristen Behrens und Hülser angehören, wurde beantragt, die Reichsregierung zu ersuchen, nach Möglichkeit für das gesamte Arbeitsrecht die Frage zu klären, inwieweit der Gartenbau zur Landwirtschaft oder zu den gewerblichen Betrieben zu rechnen ist.

Zu diesem Antrag hat Freiherr von Stauffenberg als Redner obengenannter Partei folgendes ausgeführt:

„Leider ist es uns bei den Beratungen des Gesetzes nicht gelungen, eine Klärung herbeizuführen, auf die wir besonderen Wert legen. Das ist die Stellung der Gärtnereien, deren problematische Stellung zwischen Landwirtschaft und Gewerbe heute immer noch nicht geklärt ist. Die Parteien der Mehrheit werden ja in einer Resolution die Regierung ersuchen, diese Frage zu klären. Es wäre aber außerordentlich wertvoll, wenn auch für den Zweck dieses Gesetzes schon von der Regierung eine Erklärung dahin abgegeben würde, daß auch auf der Grundlage dieses Gesetzes die landwirtschaftlichen (?) Gärtnereien und diejenigen Gartenbetriebe (?), die sonst bei Durchführung sozialer Gesetze zur Landwirtschaft gerechnet worden sind, im Sinne dieses Gesetzes behandelt werden sollen, daß ihnen also auch die Befreiungsvorschriften, die für die Landwirtschaft vorgesehen sind, zugute kommen.“

Darauf hat Herr Dr. Weigert, Ministerialdirigent im Reichsarbeitsministerium, Kommissar der Reichsregierung, folgendes erklärt:

„Der Herr Vorredner hat gewünscht, daß hier von Seiten der Regierung ein Wort über die Behandlung der Gärtnerei auf dem Boden des neuen Gesetzes gesagt wird. Ich darf dazu das Folgende ausführen. Es ist bisher im Arbeitsrecht nicht möglich gewesen, den Begriff der Gärtnerei einheitlich zu bestimmen. Auch die Reichsversicherungsordnung enthält keine Begriffsbestimmung für die Gärtnerei. Sie begnügt sich mit besonderen Bestimmungen über die Zuteilung der Gärtnerei in der Krankenversicherung und in der Unfallversicherung. Infolgedessen haben bei der Abgrenzung des Begriffes, insbesondere bei der Frage, inwieweit die Gärtnerei der Landwirtschaft zuzuzählen ist, schon bisher die Arbeitsvermittlung und die Erwerbslosenfürsorge ihre eigenen Wege gehen müssen. Der Herr Reichsarbeitsminister hat in einer Entscheidung vom 6. Januar 1925 den Grundsatz aufgestellt, daß für die Erwerbslosenfürsorge der gemeinhin sogenannte feldmäßige Gemüsebau der Landwirtschaft zuzurechnen ist; dagegen fällt der Anbau und die Veredelung der Blumen einschließlich der Zucht von Blumensamen, der Betrieb von Baumschulen, sowie die Pflege von Gärten, die dritten Personen gehören, für die Erwerbslosenfürsorge nicht unter den Begriff der Landwirtschaft. Die letztere Regelung hat insbesondere die Bedeutung, daß die Blumengärtnereien, die sich vielfach in der Nähe der Städte befinden, nicht als zur Landwirtschaft gehörig betrachtet werden. Maßgebend für diese Erwägung war, daß der Arbeitsmarkt der dort beschäftigten Gärtner sich mehr nach dem Arbeitsmarkt der städtischen Arbeitnehmer richtet, als nach dem der landwirtschaftlichen.“

Mit der getroffenen Regelung sind allerdings die Arbeitgeber des Gartenbaues nicht zufrieden. Sie wünschen in erster Linie, daß der Gartenbau der Landwirtschaft völlig gleichgestellt wird; in zweiter Linie möchten sie, daß auch die Gärtnereien, die jetzt nicht zur Landwirtschaft gerechnet werden, als landwirtschaftliche Betriebe angesehen werden, soweit sie auf Erwerb gerichtet sind.

Es dürfte sich zweifellos empfehlen, den Begriff der Gärtnerei einmal grundsätzlich zu klären, und zwar möglichst einheitlich für alle Zweige des Arbeitsrechts. Es darf angenommen werden, daß bis dahin die Spruchorgane der neuen Arbeitslosenversicherung den Begriff der Gärtner ebenso behandeln werden, wie es jetzt in der Erwerbslosenfürsorge geschehen ist.“

Ein Unrecht wieder gutgemacht.

Die Bezugsdauer der Erwerbslosenunterstützung wieder verlängert.

Unserer wiederholten Kritik an den in der Erwerbslosenfürsorge seitens des Reichsarbeitsministeriums getroffenen Maßnahmen und den im Anschluß daran in unserer Verbandszeitung gestellten Forderungen hatte der Verbandsvorstand auch einen formellen Antrag an den Herrn Reichsarbeitsminister auf Aufhebung der Verordnung folgen lassen, in der für die Gärtnerei die Unterstützungsdauer auf 26 Wochen herabgesetzt und damit unsere Kollegen von der Krisenfürsorge ausgenommen wurden.

Unsere diesbezügliche Eingabe lautet:

25. Juli 1927.

Dem Herrn Reichsarbeitsminister,

Berlin NW 40,

Scharnhorststraße 35.

Betr.:

Erwerbslosenunterstützung
der Gärtnereiarbeiter.

„Durch Rundschreiben des Herrn Reichsarbeitsministers vom 16. 3. 1927 ist die Höchstdauer des Bezuges der Erwerbslosenunterstützung neben einigen anderen Berufen auch für die Gärtnerei auf 26 Wochen herabgesetzt. Veranlassung zu dieser Änderung war die damals günstigere Lage des Arbeitsmarktes. Tatsächlich war in den Monaten März und April die Arbeitsmarktlage der Gärtnerei günstig, aber nur infolge der alljährlich wiederkehrenden kurzen Saisonbeschäftigung im Frühjahr. Seitdem hat sich der Arbeitsmarkt wieder andauernd verschlechtert. Im April betrug die Arbeitslosigkeit in unserem Berufe 4,9 Proz., im Mai 7,8 und im Juni bereits wieder 13,1 Proz. Der Durchschnitt für alle an der Statistik beteiligten beträgt für den Juni nur 6,4 Proz., so daß die Gärtnerei bereits wieder mit an erster Stelle steht. Gegenüber dem Vorjahr ist die Arbeitslosigkeit nur um 1,4 Proz. geringer. Unser Beruf ist also fast garnicht an der allgemeinen Besserung des Arbeitsmarktes beteiligt.“

Die Voraussetzungen, die den Herrn Reichsarbeitsminister im März zu seinen Maßnahmen veranlaßten, sind damit nicht mehr gegeben. Es würde ein bitteres Unrecht gegenüber der Gärtnereiarbeiterschaft bedeuten, wenn sie nicht wieder in den Genuß des Bezugsrechtes der anderen Gruppen gesetzt würde, die z. T. eine erheblich bessere Arbeitsmarktlage aufzuweisen haben. Wir ersuchen deshalb, die Verordnung vom 16. 3. 1927 — soweit sie auf die Gärtnerei bezug hat — wieder aufzuheben.“

Wir machen noch besonders auf die Härte aufmerksam, unter der unsere langfristigen Erwerbslosen leiden. In den Frühjahrsmonaten März und April war die Arbeitsgelegenheit so kurz, daß viele Arbeitnehmer der Gärtnerei noch nicht wieder bezugsberechtigt werden konnten, und sind zahlreiche Fälle uns gemeldet, in denen im Vorjahre langfristig erwerbslos gewesene Arbeitnehmer jetzt infolge der Verordnung ohne jede Unterstützung bleiben. Wir verweisen auf den in beiliegender Nummer 13 der „Allgemeinen Deutschen Gärtner-Zeitung“ enthaltenen Artikel: „Herr Arbeitsminister, wir klagen an!“, in dem wir eine Reihe solcher Fälle ausgeführt haben. Seit der Zeit haben sich solche Fälle weiter gehäuft.“

Gegenüber dem von uns beigebrachten Material hat sich nunmehr der Reichsarbeitsminister der Einsicht nicht länger mehr verschließen können und ist unserem Antrage stattgegeben worden. Die diesbezügliche am 28. Juli durch WTB. bekanntgegebene Verfügung lautet:

„Die Entwicklung des Arbeitsmarktes in den letzten Monaten hat das Reichsarbeitsministerium veranlaßt, die Bestimmungen über die Bemessung der Höchstdauer in der Erwerbslosenfürsorge nachzuprüfen. Hierbei hat sich ergeben, daß der Arbeitsmarkt sich für den Bergbau und das Reinigungsgewerbe so günstig entwickelt hat, daß die Höchstdauer auf das regelmäßige Maß von 26 Wochen zurückgeführt werden mußte. Der Reichsarbeitsminister hat sich hierbei vorbehalten, für einzelne Berufsarten und Bezirke, die von einer langfristigen Arbeitslosigkeit besonders hart betroffen werden, eine längere Bezugsdauer zuzulassen. Andererseits hat sich der Arbeitsmarkt für die Gärtnerei in letzter Zeit erheblich verschlechtert. Auch in einigen örtlich begrenzten Berufsarten des Spinnstoffgewerbes sind die Beschäftigungsmöglichkeiten ungünstig. Dieser Entwicklung ist dadurch Rechnung getragen, daß die Bezugsdauer insoweit wieder auf 39 Wochen verlängert worden ist. Wie bisher kann in allen Fällen zur Vermeidung von Härten die örtliche Stelle die Fürsorge um 13 Wochen verlängern.“

Vom Werden und Werben.

„Es ist nicht wahr, daß das Zeitalter der Maschine und ihrer Menschen der großen konstruktiven Geistigkeit entbehre, ohne die die Menschen nun einmal verloren sind. Es ist nicht wahr, daß

uns allen, allen, allen ein großes Massengrab bereits geschaufelt sei. Es ist nicht wahr, daß unsere Tage und Jahre Spreuschnipsel seien und nichts als das. Dies Zeitalter der Maschinen und ihrer Menschen hat eine Geistigkeit hervorgebracht von ungeheurer Kühnheit und tiefglühender Inbrunst ethischer Willensbeseelung — die Geistigkeit des sozialistischen Proletariats. Ein Massenentschluß, den Fluch der dahingegangenen Geschlechter, die Scheidung in Klassen, die Verfremdung der Menschen zu überwinden, liegt vor. Massenentschluß reifte zu Massenaktion. Massenaktion bestimmte Geschichte. Alle kommende Entwicklung auf wirtschaftlichem, politischem und kulturellem Gebiete ist bestimmt durch proletarische Entschlüsse. In klarer Eindeutigkeit hat der Griffel der Klio in die Linien des Initials des neuen Kapitals der Menschheitsentwicklung das proletarische Antlitz eingezeichnet."

Diese wuchtigen Sätze schrieb Friedrich Wendel als Einleitung zu seiner Monographie über den proletarischen Künstler Hans Baluschek. Wir möchten, daß wir solche Worte wie ein gewaltiges Riesentransparent über die ganze proletarische Welt wölben könnten. Vielleicht, daß dann die vielen zagen und gleichgültigen Arbeiter sich eher auf ihre Pflicht vor der Geschichte und vor sich selber besinnen würden. Vielleicht, daß auch sie dann endlich einmal das Große und Erhabene der proletarischen Organisationen empfinden könnten. Gleichzeitig aber auch sind diese Worte eine erhabene Ehrung aller derjenigen, die in der großen Kämpferfront stehen, und insbesondere derer, die zuerst den Aufbau unserer Bewegung in Angriff nahmen. Verlacht, verhöhnt und verfolgt wurden jene Männer, die ihrer Zeit vorausgeeilt waren und vor ein paar Jahrzehnten in Erkenntnis kommender Entwicklung die Wegweiser aufrichteten, die in die Zukunft und das Werden des neuen Jahrhunderts zeigten. In heiligem Glauben an ihre Sache aber und im Vertrauen auf die Arbeiterklasse blieben sie von dem Spötte der Welt unberührt. Sie schauten das wachsende Brüderheer und wußten, daß aus diesen Reihen auch für ihre Sache Legionen Streiter erstehen und an ihre Seite treten werden. Sie wollten das: Proletarier aller Länder, vereinigt euch! zur Wirklichkeit erheben. Ein wahrhaft großes Beginnen! Ein Stück neue Geschichte lud damit an, denn das Ziel war; dem neuen Geschlecht eine neue Welt. Der Parvenü der Geschichte, der überraschend schnell die Welt erobernde Kapitalismus witterte Gefahr. Und was damals, als die ersten Sozialisten in der politischen Arena erschienen, einer reaktionären Fürstenregierung nicht gelungen war, die anklagenden proletarischen Führer stumm zu machen, das wollte nun das selbstherrliche Unternehmertum selbst vollbringen.

Der organisierte Arbeiter ward zum Freiwilligen erklärt! Gehetzt und gejagt von einer Arbeitsstelle zur andern, wurde jedem nur dann Gnade versprochen, wenn er aus der verhaßten freien Gewerkschaft austrete. Ganze Tragödien spielten sich ab in jener Zeit. Wie oft brach einer dieser Mutigen wie ein todwundes Reh am Lebenswege zusammen und zog es doch vor, eher zu sterben als seiner Überzeugung untreu zu werden. Aus Hunger, Elend und Drangsal heraus ist die freie Gewerkschaftsbewegung emporgewachsen. Aber sie ist gewachsen!

Ach, wie gilt das heute vielen Arbeitern so selbstverständlich! Die meisten kümmern sich gar nicht um all die Schwierigkeiten, die in jahrzehntelangem Ringen beseitigt werden mußten, bis die freien Gewerkschaften, wie überhaupt die Arbeiterbewegung, zu der Machtstellung gelangen konnten, die sie heute innehaben. Die Gewerkschaften sind heute die Träger des kulturellen Werdens innerhalb der Arbeiterklasse. Sie sind der Ausdruck sieghafter Kraft und Mannhaftigkeit des Proletariats und zeugen von ungebrochenem Menschenstolz und dem Triumphe über sklavisches Unterwerfung. Nicht mehr verfolgt und beschimpft, sondern anerkannt und geachtet als Hüter der staatspolitischen Rechte der gesamten Arbeiterschaft, stehen heute die Gewerkschaften da, um über die politische Anerkennung hinaus den Kampf zu beginnen um gleiches Recht im Wirtschaftsleben.

Was in dieser Entwicklung durch die Gewerkschaften bis heute schon errungen ist, wird leider von Millionen Arbeitern noch nicht begriffen. Immer sind es Legionen, die mit einer Selbstverständlichkeit die errungenen Vorteile genießen, daß es schon bald an Charakterlosigkeit grenzt. Ohne Mark und Knochen und vollständig unmännlich im Charakter tappen sie jahraus, jahrein vom Hause zur Arbeit und wieder zurück. Ein weltbewegendes Ereignis ist für sie schon, wenn sie blöd grinsend am Herrn Direktor vorbeigehen dürfen und vor ihm devot den Hut ziehen. Andere gar sind noch dazu so dumm-dreist, wenn man sie auf ihre Pflicht, sich organisieren zu müssen, aufmerksam macht, zu erwidern: „Bezahle du doch, ich krieg so viel wie ihr auch!“ Das ist natürlich ein Zustand, den es unter allen Umständen zu beseitigen gilt. Tagtäglich wachsen die Beschwerden über sich stets verschlechternde Behandlung. Der einzelne Arbeiter, das wissen wir nur zu gut, ist hier einfach macht- und rechtlos und ohnmächtig jeder Willkür ausgeliefert. Die einfachsten Tatsachen also, jede Arbeitsschicht, hämmert uns den Zwang ein zu solidarischem Zusammenstehen und zu organisiertem Zusammenschlusse. Und all dem gegenüber bleiben jene Unorganisierten blind, scheinen ihre schmachvolle Stellung und ihr noch viel schmachvolleres Verhalten gar nicht zu empfinden.

Es scheint wenigstens so. Aber es kann doch unmöglich wirklich so sein! Es muß als ausgeschlossen gelten, daß so viele Arbeiter, die heute unorganisiert sind, als schwachsinnig betrachtet werden müssen. Sicherlich sind viele Zehntausende darunter, die aus irgendeinem Vorwande in verärgelter Stimmung einmal der Organisation den Rücken kehrten und nur noch durch falsche Scham abgehalten werden, wieder zu uns zu kommen. Andere wieder werden da sein, die in den schweren Zeiten der Inflation durch demagogische Verhetzung aus unseren Reihen fortgetrieben wurden und den Mut noch nicht fanden, zurückzukehren. Aber sei dem wie es will. Wenn es wirklich nicht Dummheit ist, was all die Unorganisierten von uns fernhält, wenn überhaupt eine Möglichkeit besteht, dieselben in unsere Reihen hineinzubringen, dann muß die nächste Zukunft hier unser ganzes Wollen und Wirken finden. Jeder muß sich einsetzen mit all seinen Fähigkeiten, den letzten Berufskollegen in die Organisation hereinzuholen. Immer wieder hört man die Klage, daß die Organisation nicht genug Erfolge erziele. Fest steht — das wird wohl der Verstockteste nicht abstreiten können —, daß ohne Organisation überhaupt nichts erreicht worden wäre. Ebenso fest aber besteht die Tatsache, daß an dem geringen Erfolge nur einzig und allein die Unorganisierten die Schuld tragen. Der Feind steht in unseren eigenen Reihen! Dort, der Unorganisierte neben dir, das ist der Feind!

Es sind Schmarotzer, Parasiten, die behaglich die Früchte mit ernten, die andere mit Opfern gepflanzt haben. Das ist eigentlich das betrüblichste bei den Unorganisierten, daß sie eine Schmach sind für die ganze Arbeiterklasse. Heute weiß alle Welt, daß jeder Fortschritt, jeder Aufstieg, auch der kleinste Erfolg nur einer organisierten Kraft möglich sein kann, nur die Arbeiterschaft will es nicht begreifen. Und wer soll sie es lehren? Das können nur wir selber. Wir haben zwar keine Schulen und Institute, in die unsere Unorganisierten zwangsläufig kommen müßten. Aber wir haben sie doch um uns herum, täglich auf der Arbeitsstelle, auf dem Arbeitswege, in der Nachbarschaft und in Gesellschaft. Hier haben wir einzusetzen. „Hier“ — das heißt überall, wo wir überhaupt mit einem Unorganisierten zusammenkommen. Ununterbrochenes fortgesetztes Werben um neue Mitglieder muß direkt zu einem Nebenberufe des organisierten Arbeiters werden. Wir brauchen sie alle, die vielen Tausende, die abseits stehen. Soziale Fragen, Lohnfragen, sind Machtfragen. Gerade unsere Zeit läßt diese Tatsache wieder besonders hell erkennen. Unsere heutige schwere Krise wird das alles auch schon den Unorganisierten zum Bewußtsein gebracht haben. Gerade jetzt ist deshalb der Moment zu einem großen Werben günstig.

Längeres Zögern bringt Gefahr! Wer die Zeitung der „vaterländischen“ Verbände liest, der findet, daß diese Gebilde schon die Meinung propagieren, als ob die ganzen Unorganisierten mit ihrem Fernbleiben aus der Organisation ihre Abneigung gegen die freien Gewerkschaften bekunden wollten und in den gelben Organisationen ihre „richtige“ Vertretung erblicken würden. Wirklich schmeichelhaft für die Drückeberger, aber das muß diesen mit aller Klarheit kundgetan werden, damit wenigstens die ehrlichen unter ihnen durch Eintritt bei uns die richtige Antwort geben werden.

Die Hauptaufgabe jeglicher Werbearbeit fällt immer den Funktionären in den Betrieben zu. Eigentlich müßte sich jedes Mitglied der Organisation als Funktionär betrachten und als solcher wirken. Alle müssen sich, angespornt von ihrer Überzeugung vom Wesen und Wert gewerkschaftlichen Wirkens, selber wieder einmal vertiefen in die Gedankengänge unserer Bewegung und sich aus eigenem Können das Material vergegenwärtigen, das zur Verwendung in der persönlichen Werbung geeignet ist, das Überzeugungskraft besitzt und der Wiederrede der Umworbenen standhält. Wir müssen ja auf jeden Widerspruch gefaßt sein. Und da gilt es nicht, große, wohlgesetzte Reden zu halten, sondern bereit und in der Lage zu sein, auf jeden Einwand einen neuen Grund für die Erwerbung der Mitgliedschaft folgen zu lassen.

Vor allen Dingen gilt es, wenigstens alle die zurückzuholen, die schon einmal, vielleicht jahrelang in unseren Reihen standen und schließlich doch wieder weggelaufen sind. Aus der geschlossenen Werbearbeit der Kollegen selber soll auch diesen wieder neuer Mut erwachsen. Auf neue soll die Begeisterung geweckt werden, die nach Ende des Weltkrieges die gesamte Arbeiterschaft zu fortschrittlichem Handeln drängte und ihr so manchen Vorteil gegenüber der Vorkriegszeit einbrachte. Soll diese Begeisterung erweckt werden, dann darf aber nicht das Negative, nicht das, was die Gewerkschaften nicht erreicht haben, in den Vordergrund gestellt werden, sondern das Positive. Es gibt gewiß noch viel, was zu den Forderungen der freien Gewerkschaften gehört und nicht erfüllt ist. Aber das kann keine Entschuldigung sein für Unorganisierte. Sie sind ja gerade die Ursache, weshalb es nicht schneller vorwärts geht, ja manchmal rückwärts zu gehen scheint. Sicherlich ist den Organisationen, der Arbeiterschaft, vieles wieder verloren gegangen, was nach dem Umsturz an sozialen Errungenschaften gewonnen war. Aber wer war denn schuld? Die Novemberumwälzung 1918 brachte überraschend schnell einige ganz gewaltige Verbesserungen. Für viele hatte dieser schnelle Erfolg den Nachteil, daß sie das Errungene nicht voll zu schätzen wußten und dann auch in der trügerischen Hoffnung lebten, alle Blütenräume müßten nun ebenso schnell reifen. Die rauhe Wirklichkeit lehrte

aber etwas anderes. Waren die Massen immer schuldlos an dem Verlust des bereits Errungenen? Die Frage stellen, heißt sie verneinen. Tausende haben eher der Gewerkschaft den Rücken gekehrt, anstatt den Kampf gegen die Unterdrücker zu führen. Und wie viele Tausende, die vor dem Kriege den Mut nicht fanden, gegenüber dem Würgen der Reaktion in die freien Gewerkschaften einzutreten, glauben heute schimpfen und lästern zu dürfen über diese Bewegung, die die Arbeiterschaft „verraten“ habe, weil sie nicht gestern schon das Paradies geschaffen, oder wenigstens morgen es verwirklichen will? Ihnen gilt es klar zu machen, daß das Leben erkämpft sein will in zähem, andauerndem Ringen. Beweisen denn all diese „mutigen Deserteure“ nicht, daß gerade sie selber mit ihrer Flucht aus den Gewerkschaften bestätigt haben, daß sie zu schlapp sind, mit dem Leben zu ringen? Weil die Millionen der andern es nicht so machen, wie sie es gerade für richtig hielten, deshalb gehen sie einfach und lassen alles laufen wie es laufen will. Ob es gut geht oder schlecht, sie fühlen sich glücklich und wohl als willenloses Sklavenvieh!

Und doch gehören sie zu uns zur Arbeiterklasse, zum schaffenden Volke. Wir müssen versuchen, sie alle zurückzugewinnen. Das letzte Mitglied muß sich in den Dienst der Sache stellen, um den letzten Unorganisierten in die Organisation zu bringen. Wer will mithelfen? P. Zimmer, Bochum.

Wirtschaftlich-soziale Entwicklungsziele.

Wirtschaft und Gesellschaft sind Organismen. Man kann also ihre jeweiligen Einrichtungen nicht etwa wie einen Mechanismus auseinandernehmen, um ihn in einer anderen Gestalt wieder zusammensetzen und dabei in ungestörter Lebenskraft zu erhalten oder durch solches Verfahren die Lebenskraft sogar noch zu steigern. Jeder willkürliche Eingriff, der nicht das organische Werden berücksichtigt, schädigt den Körper, macht ihn für seine Aufgaben zeitweise unfähig oder doch weniger fähig.

Deshalb haben die Vertreter des Sozialismus auch zu allen Zeiten der unaufhörlichen Beeinflussung des Organismus das Wort geredet. Soweit sie für eine „gewollte Revolution“ eingetreten sind, waren es in Wirklichkeit immer Reformbestrebungen, deren Fortwirken „am Ende“, nach einer gewissen Zeitspanne, gegenüber dem Ausgangspunkt als Revolution erscheint. Andere Formen der Revolution sind von Sozialisten nicht gewollt, sondern nur insofern als ein unerwünschtes Verhängnis „vorausgesagt“, wie die organische Entwicklung durch widerstrebende Kräfte gewaltsam zurückgehalten wird.

Den schlagendsten Beweis für die Richtigkeit der sozialistischen Theorie haben die Ereignisse des Staatszusammenbruchs 1918 und dessen Nachwirkungen geliefert. Nur sozialistisch Ungebildete konnten in dieser Zeit die Sozialisierung der Wirtschaft fordern und erwarten. Daß die Sozialisierung sich nicht „diktieren“ läßt, beweist handgreiflich ja auch Sowjet-Rußland.

Wirtschaftlicher Sozialismus ist nur in dem Ausmaße möglich, wie die an der Wirtschaft beteiligten Menschen sich daran gewöhnt haben, sozialistisch zu denken und zu handeln. Was ist beispielsweise eine Hauptursache, wenn gemeinnützige, von Sozialdemokraten geleitete Genossenschaftsbetriebe so schwer vorwärtskommen und mehrfach sich nur aufrechterhalten können, weil ihre Arbeiterkundschaft sie hauptsächlich „um des Prinzips willen“ unterstützt, während sie andernfalls sich vielleicht fernhalten würde? Der Umstand: daß es dem Betriebspersonal noch an wahrhaft sozialistischer Erziehung fehlt. Wo in jedem einzelnen genossenschaftlichen Betriebsarbeiter der echte sozialistische Geist lebendig ist, gepaart selbstverständlich mit Berufstüchtigkeit, dort kann es einfach nicht fehlen, dort muß der Genossenschaftsbetrieb dem Privatbetrieb überlegen sein. Warum müssen wir bei der Neugründung von Genossenschafts- (auch Konsumgenossenschafts-) betriebe immer so außerordentlich vorsichtig selbst dann sein, wenn die Geschäfts- und Betriebslage nichts zu wünschen übrigläßt, und auch die in Aussicht zu nehmenden Betriebsleiter vielleicht erstklassige Kräfte ihres Berufs sind? Weil hinsichtlich der Betriebsarbeiter und Betriebsangestellten schon allzuviel schlechte Erfahrungen gemacht worden sind. Der Besitz eines Gewerkschafts- oder Parteimitgliedsbuches ist noch lange keine Gewähr für die Eignung in einem sozialisierten Betrieb. Denn beide Arten von Mitgliedsbüchern sind bei der größeren Masse ihrer Inhaber zunächst erst ein Ausweis dafür, daß sie gewillt sind, gewisse soziale und wirtschaftliche Klassenforderungen zu vertreten. Der Wille, auch zu geben, sich selbst, sein ganzes persönliches Können in den Dienst des Betriebes zu stellen, um dessen höchstmögliche Leistung hervorzubringen, ist nur erst bei einer Minderheit vorhanden.

Bei öffentlichen Betrieben (gemeindlichen, staatlichen usw.) ist es nicht besser, zumeist sogar schlimmer bestellt.

Wären alle die Menschen, die sich heute Sozialdemokraten nennen und die bei Wahlen Sozialdemokraten ihre Stimme geben, wirkliche, in Gesinnung und im Willen wahrhaftige Sozialisten, dann könnte der wirtschaftliche Sozialismus sehr bald praktisch

werden. Gesinnung und Wille wachsen aber nicht von selbst; sie können ebensowenig im „luftleeren Raum“ ausschließlich durch moralische Belehrung hervorgerufen werden, obschon diese ebenfalls und sehr dringend notwendig ist. Massengesinnung und Massenwille bleiben immer in Abhängigkeit von den Zuständen in der Volkswirtschaft. Der sozialistische Wille im besonderen wächst nur verhältnismäßig langsam. Alles Inempfangnehmen hat das große Gesetz der Ichsucht und der Trägheit für sich. Hingabe an die Gemeinschaft aber erfordert Opfersinn, Preisgabe unmittelbarer persönlicher Vorteile. (Die dafür einzutauschenden mittelbaren, noch größeren persönlichen Vorteile werden immer nur von einer Minderheit als solche erkannt und gewürdigt.)

Unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft gehören unlösbar zusammen. Sie können sich deshalb nur durch gegenseitige Beeinflussung entwickeln und damit ihr Wesen ändern. Und darum können wir in die sozialistische Betriebswirtschaft nur langsam hineinwachsen. Wir vermögen das Tempo zu beschleunigen, wie wir die Erkenntnis von den Zusammenhängen und den fördernden und widerstrebenden Kräften verbreiten und diese Erkenntnis in Massengesinnung und Massenwillen umzuwandeln bemüht sind.

II.

An dieser organischen Entwicklung sind die vielerlei Wirtschaftszweige sehr verschieden beteiligt. Die einen sind schon recht weitgehend vom Sozialismus ergriffen worden. So zum Beispiel der Handel auf gewissen Gebieten des Lebensmittelverbrauchs (Konsumvereine, denen allmählich Produktivgenossenschaften für gewisse Massengüter angegliedert werden). Die andern sind noch dermaßen „rückständig“, daß man vorerst überhaupt noch nicht abschätzen kann, wann sich dort eine sozialistische Entwicklung anbahnen wird. Zu ihnen rechnet vor allen die Landwirtschaft.

Ehedem, zur Zeit des Frühkapitalismus, war es wohl notwendig, die proletarisierten, verelendeten Volksmassen damit in ihrem Verzweiflungsdasein aufzurichten, daß man ihnen die Lehre des Sozialismus wie eine Art neuer Religion predigte. Und die „Apostel dieser Religion“ selbst empfanden die Lehre auch so, wie sie von ihnen vorgetragen wurde. Die davon erfaßte Volksmasse lebte in dem Glauben und in der Hoffnung, noch bei ihrer Lebzeit werde der Sozialismus Wirklichkeit werden können. Die jetzt lebende Generation des werktätigen Volkes aber ist über solche Vorstellung hinausgewachsen. Besonders sind ihr jene Jahre zu einem ernüchternden Erlebnis geworden, die dem großen Staatszusammenbruch gefolgt sind. Jeder Sozialdemokrat, der den Geschehnissen mit offenem Sinn gegenübersteht, muß zugeben, daß der Kapitalismus aus den Kriegsfolgen nicht geschwächt, sondern gestärkt hervorgegangen ist. Und er rechnet damit, daß die kapitalistische Macht sich noch immer im Wachsen befindet. Das Schlagwort von der sich vollziehenden „Amerikanisierung Westeuropas“ ist der Ausdruck einer solchen Auffassung und Erkenntnis. Die Kämpfe der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft sind durchaus auf diese Lage abgestellt, — nicht etwa auf die „Herbeiführung des Sozialismus“. Wenn auf der anderen Seite zwar auch die sozialisierten Betriebe bzw. die Betriebe mit sozialistisch anzusprechenden Betriebsformen an Zahl und Ausdehnung ständig zunehmen, so spricht dieser Umstand durchaus nicht gegen die andere Tatsache.

Beide Tatsachen sind vielmehr der gegebene Gesamtzustand, richtiger gesagt: die beiden äußersten Flächen des sozialwirtschaftlichen Seins der Gegenwart. Noch anders ausgedrückt: Es sind die beiden großen Formen der Volkswirtschaft, die jetzt praktisch miteinander in Wettbewerb stehen. Zur Zeit des Frühkapitalismus war es nur die sozialistische Idee, der sozialistische Gedanke, der sich dem Kapitalismus als Feind entgegenstellte. Heute, wo der Hochkapitalismus die Herrschaft angetreten hat, ist dem sozialistischen Gedanken auch eine sozialistische Wirtschaftspraxis verbunden und ein vielfach gesteigerter Wille, diese Praxis immer mehr zu erweitern und zu festigen.

Die kommunistische Neigung, den Hochkapitalismus mit politischer Diktatur zu meistern, ist an sich wohl verständlich. Sie erhält ihre Nahrung aber nur aus Gefühlen, nicht aus Erkenntnissen; sie kann darum nicht zu volkswirtschaftlicher Auswirkung kommen. Dagegen gehört keine Prophetengabe dazu, vorauszusagen, daß der wirtschaftliche Sozialismus ständig wachsen wird, um dermaleinst die herrschende Wirtschaftsform zu werden. Andererseits ist nicht anzunehmen, daß die Entwicklung sich in der Weise vollziehen wird, daß die eine Form die andere restlos zerstört. Es wird vielmehr aller Wahrscheinlichkeit nach so vor sich gehen, wie Werner Sombart das in einem Aufsatz („Kapitalismus oder Sozialismus“, „Vossische Zeitung“ 1927, Nr. 181) ebenso anschaulich wie m. E. auch überzeugend schildert.

Sombart — der bekannte Nationalökonom, der sich schon ein Lebensalter mit sozialen Fragen beschäftigt und der manche recht tiefgründigen Beiträge zu den jeweils aktuellen Zeit- und Streitfragen geliefert hat — sagt u. a.: „Kein Zweifel, daß für lange Zeiten noch der Kapitalismus ein verbreitetes Wirtschaftssystem sein wird. Aber es wird nicht der Hochkapitalismus, sondern der Spätkapitalismus sein, dem die Zukunft gehören wird.“

Und wie wird sich der Spätkapitalismus von dem Früh- und dem Hochkapitalismus unterscheiden? Dadurch, daß er allmählich seine Ausbeutungstendenzen abstreift, daß er sich „vergeistigt“, daß auch auf seinen Feldern der soziale und der demokratische Gedanke wächst und die Profitwirtschaft von dem Bedarfsdeckungsprinzip verdrängt wird. Die wirtschaftlichen Kartelle und Syndikate werden Formen und Brücken dafür werden.

„Neben dem Kapitalismus“, so fährt Sombart fort, „werden im Wirtschaftsleben der Zukunft alle Wirtschaftssysteme, die irgendwie auf Planwirtschaft beruhen, einen immer breiteren Raum einnehmen. Ihr Geist wird dadurch gekennzeichnet sein, daß der Rationalismus immer stärker ausgebildet wird, das Gewinnstreben aber und der Individualismus, die mit jenem zusammen den kapitalistischen Geist gebildet hatten, wegfallen.“ Zur Planwirtschaft rechnet Sombart auch die Wirtschaftsbetriebe der Gemeinden, des Staates, des Reichs und der freien Genossenschaften. Zusammenfassend sagt Sombart: „Der Kapitalismus und der Sozialismus der Zukunft werden sich ähnlich sehen, wie ein Ei dem anderen, wenn jener erst stabilisiert und reglementiert, dieser technifiziert und rationalisiert sein wird. In zahlreichen Fällen wird man nur schwer feststellen können, ob es sich um einen kapitalistischen oder einen sozialistischen Betrieb handelt. Das beiden Gemeinsame ist jener Zustand der Wirtschaft, den ich als „Vergeistigung“ bezeichnet habe: bei dem die Einzelseele ausgeschaltet ist und an die Stelle ihres freien Wirkens die zwangsläufige Abwicklung eines von zahlreichen Systemen vorausbestimmten Arbeitsprozesses tritt.“

Wer sich als Sozialist mit den einschlägigen Fragen unvoreingenommen beschäftigt, kommt ungefähr zu ähnlichen Schlußfolgerungen, wie der Nichtsozialdemokrat Werner Sombart solche zieht.

Jede organische Entwicklung vollzieht sich ja nach dem bekannten Gesetz:

„These — Antithese — Synthese“.

Im vorliegenden Falle heißt

1. die These: Kapitalismus,
2. die Antithese: Sozialismus,
3. die Synthese: soziale Planwirtschaft.

III.

Werden die anderen Wirtschaftsformen untergehen? Die älteren sozialistischen Anschauungen nahmen das an. Die neueren sind davon abgekommen. Man kann sagen, daß auch in diesem Punkte nahezu eine Übereinstimmung mit dem besteht, was Sombart mit den Worten sagt:

„Das Wirtschaftsleben der Zukunft wird sich in zahlreichen Formen gestalten . . . Wir beobachten, daß im Verlauf der Geschichte die Zahl der in einer Zeit geübten Wirtschaftsweisen sich immer mehr vermehrt. Wie in einer Fuge tritt eine neue Stimme hinzu, ohne daß die alten aufhören zu klingen. So hatte das europäische Mittelalter schon Dorfwirtschaft, Fronwirtschaft, Handwerk nebeneinander; dann kam der Kapitalismus hinzu, aber Eigenwirtschaft, Dorfwirtschaft, Handwerk erhielten sich. Zu diesen Wirtschaftssystemen gesellten sich all die verschiedenen Weisen zu wirtschaften, die wir als nachkapitalistische bezeichnen können. Und zweifellos werden nun alle diese Wirtschaftsarten im Wirtschaftsleben der Zukunft nebeneinander bestehen: Kapitalismus, Genossenschaftswirtschaft, Gemeinwirtschaft, Eigenwirtschaft, Handwerk, Bauernwirtschaft. Sie werden sich innerlich umbilden. Sie werden ihren Anteil verschieben. Aber sie werden da sein.“

IV.

Ist es müßig oder gar überflüssig, derartige Betrachtungen auch in einer Gewerkschaftszeitung anzustellen? Es ist m. E. sogar notwendig. Denn wir müssen lebhaft wünschen, daß die gewerkschaftlich organisierten Massen in solchen Fragen ebenfalls klar blicken und sicher urteilen lernen.

Otto Albrecht, Berlin-Marienfelde.

Sind Grünflächen in der Großstadt nötig?

Wie uns die Geschichte lehrt, wurde in früheren Zeiten der Garten, der Park geschaffen zur Repräsentation; er war nur Schauobjekt. Zuerst die Fürsten, mit und nach ihnen die Adels-geschlechter, sowie dann späterhin die durch Handel oder Industrie reich gewordenen ließen sich Gärten anlegen zum Zwecke der Repräsentation. Erst mit Ablauf des 19. Jahrhunderts erkannte man, die Amerikaner zuerst, daß doch auch das Volk einen Anspruch auf den Garten hat, und welche Möglichkeiten der Aus- und Benutzung eigentlich in ihm verborgen liegen. Endlich fand man, daß der Garten nicht nur eine Augenweide, sondern der Ort sei, an dem die im immer hastiger kreisenden Getriebe der Produktionsstätten abgearbeiteten Menschen sich erholen, ihre angespannten Nerven und angegriffenen Lungen wieder kräftigen können und sollen, wo sie neue Kraft für die Anforderungen des Lebens schöpfen.

Durch die geheure Zusammenballung der Menschen in den Großstädten, sowie durch die materielle Einstellung der in ihnen lebenden Bevölkerung, ist ihr Zusammenklang mit der Natur vollkommen abhanden gekommen, ja, der jüngsten Großstadtgene-

ration fehlt er von vornherein. Ein eigenes Erlebnis als ein Beispiel hierzu. Ein Berliner Junge von 12 Jahren kommt aufs Land. Er erhält hier die Aufforderung, mit in den Garten zu kommen um Kirschen zu pflücken und zu essen. Man sollte es kaum für möglich halten, als er hierauf staunend antwortet: „Was? Meine Mutter holt die Kirschen immer aus der Markthalle.“ Er hatte keine Ahnung davon, daß Kirschen auf Bäumen wachsen. Solche Gestaltung der Dinge bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als eine völlige Degeneration des heranwachsenden Geschlechts. Denn was ist der Mensch für sich allein ohne die Natur als seine Kraftquelle? Ein erbärmliches Geschöpf, eine abgehetzte Kreatur, die ihr Lebensziel nur noch in der Anhäufung eines möglichst großen Geldertrages oder aber in der Befriedigung seiner materiellen Bedürfnisse und Wünsche sieht.

Wie weit wir leider schon auf diesem Wege gekommen sind, durch den Krieg nur noch beschleunigt, zeigt uns, mit welch geringer Achtung und wenigem Verständnis viele Großstadtmenschen der Natur gegenüberstehen. Mußten doch die für die Bevölkerung geschaffenen Anlagen oft mit Stacheldraht vor dieser geschützt werden. Hier sollten alle, die noch Liebe und Freude an der Natur sich bewahrt haben, zu bessern suchen. Es muß wieder dahin kommen, daß die Menschen sich bewußt werden, daß ihre Fortentwicklung nur im Einklang mit der Natur, niemals gegen diese sich vollziehen kann. Denn wie viel Schönes, ja, auch wie viele Lehren bietet die Natur dem Menschen, der zu sehen versteht.

Wir befinden uns in einer Zeit der Entwicklung. Wenn dieses auch dem einzelnen nicht zum Bewußtsein kommt, so ist es doch eine Tatsache, daß unsere jetzigen Gärten das Produkt aller vorangegangenen, sowie der Entwicklung der ganzen menschlichen Kultur sind. So finden wir nun auch in der Gartenstadt oder richtiger und besser gesagt in der Gartengestaltung den großen demokratischen Zug unserer Zeit. Betrachten wir die großen Gärten früherer Zeiten, die historischen, man könnte auch sagen aristokratischen Gärten von Sanssouci, Herrenchausen, Schwetzingen und auch Versailles, diese angestaunten Musterwerke früherer Gartenkunst, so sehen wir nur allzu gut, welch anderer Geist jetzt unsere Gärten erfüllt. Wie jetzt alles auf die Nützlichkeit und Zweckmäßigkeit angelegt ist. So kommt jetzt endlich neben dem Auge, dem schönheitsdurstigen, auch der so lange vernachlässigte Körper zu seinem Recht. Früher: einzig und allein Befriedigung des Luxus- und Repräsentationsbedürfnisses der Oberschicht, der Besitzenden. Jetzt: Übergang der großen Gärten in den Besitz des Volkes oder doch wenigstens dessen Nutznießung, überhaupt Ausgestaltung des Gartens als Aufenthaltsort, ja, als Tummelplatz. Im vorigen Jahrhundert noch war in vielen Kreisen und bei manchen Behörden die Meinung vorhanden, daß der Garten Luxus sei. Es wurde eben seine ganze Bestimmung verkannt. Damals war er nur Schauobjekt, und wenn irgendwo gesparrt werden sollte, so tat man es hier. Jetzt jedoch hat man es nur allzu deutlich erkannt, daß Garten und Park das Wichtigste ist, was in der Großstadt erhalten und geschaffen werden muß. Denn hier ist auch der Tummelplatz für das heranwachsende Geschlecht.

Die Amerikaner, zu denen wir jetzt aufblicken und die viele bewundern, weil sie augenblicklich auf dem größten Geldsack sitzen, haben die dringende Notwendigkeit der Grünanlagen in der Großstadt schon lange erkannt. Sie sagten sich schon um die Jahrhundertwende: „Das Kind ohne Spielplatz ist der Vater des Mannes ohne Arbeit.“ Wollten wir bei der ungeheuren Ausdehnung der jetzigen Großstädte unserem Nachwuchs die Möglichkeit nehmen, zu spielen und seinen Körper und die Sinne zu kräftigen, so werden wir, nur allzu rasch das oben Gesagte sich bestätigen sehen. Auch die Sterblichkeitsziffer der Großstadtbevölkerung, verglichen mit der der Landbevölkerung, zeigt uns recht deutlich, welchen schweren Nachteilen die Großstadtbevölkerung mit der Zusammenpferchung auf engem Raum ausgesetzt ist. Ein Schulbeispiel anderer Schäden haben wir in den berüchtigten Londoner „Slums“. In diesem Gängeviertel sammelt sich der Abschaum der Menschheit und verkommt hier völlig oder wird, wenn es nötig ist, von der Polizei gefaßt, die hier jeden Winkel kennt. Denken wir auch an die Tuberkulose, diese typische Großstadtkrankheit.

Nun haben wir ein Gesetz, das vorsieht, daß auf jeden Großstadtbewohner 3 qm Grünfläche zu schaffen sind. Aber es wird Zeit, daß es auch durchgeführt wird. Es ist doch ein Jammer, wenn im Stadtteil Hammerbrook der Großstadt Hamburg statt der vorhandenen sein sollenden 176 000 qm Grünfläche nur 9000 qm da sind. Das ist nur ein Zwanzigstel der Sollfläche. Man bedenke, nach den bestehenden Bestimmungen wohnen im Stadtteil Hammerbrook von 20 Menschen 19 zuviel.

Überhaupt: Wom besteht Bevölkerungspolitik? Sie ist Boden- und Wohnungspolitik! Wie es Pflicht des Staates ist, den Einwohnern in den Großstädten Licht und Luft zu schaffen, so hat der Staat die Pflicht, seinen Einwohnern gesunde Wohnungen zu erschwinglichen Mieten bereitzustellen.

Mit der Verbesserung der Verkehrsmittel wäre auch an eine größere Ausbreitung der Städte ins Land hinein zu denken, wie ja die Besiedelung des flachen Landes nur eine Frage des Verkehrs ist. Bisher ist die Großstadt nicht ausgebaut worden nach den

Bedürfnissen der in ihr lebenden Bevölkerung, sondern nach dem Profitinteresse, dem der Grundeigentümer und Bodenspekulanten. Einen wichtigen Schritt vorwärts hat nun Preußen mit seiner neuen „Städtebauordnung“ gemacht. In dieser ist u. a. auch vorgesehen, daß bei Vergrößerung von Großstädten kleine Zweigstädtchen (Wohnstädte, Siedlungen) in einiger Entfernung von den Großstädten anzulegen sind. Hier hätte die Bevölkerung, eine tadellos funktionierende und nicht zu teure Verbindung mit der Großstadt vorausgesetzt, dann die Vorzüge der Großstadt mit denen des Landlebens vereint. Solange das aber nicht erreicht ist, ist Schaffung und Unterhaltung entsprechend großer und ausgestalteter Grünanlagen eine Forderung, die wir nicht nur als Gärtner, sondern auch als Menschen zu stellen haben.

J. Carstens.

Gärtneriedlung „Teller“ in Frankfurt a. M.-Oberad.

Die günstige klimatische Lage der Stadt Frankfurt a. M. und der fruchtbare Boden des Maintales veranlaßten, daß schon vor vielen Jahrzehnten hier ein intensiver Gemüsebau getrieben wurde. Es war ohne große Schwierigkeiten möglich, drei und vier gute Ernten auf dem gleichen Grundstücke zu erzielen. Die Gärtnerei-besitzer wurden zu wohlhabenden Leuten, hatten meistens ihr eigenes Haus, verschiedene eigene Ländereien sowie Pferd und Wagen. Mit der Größe der Stadt entwickelte sich naturgemäß auch die Konkurrenz und konnte man bis vor kurzem in Frankfurt und näherer Umgegend etwa 500 Gemüsegärtnereien feststellen. Durch die zunehmend große Zahl der Betriebe wurden die einzelnen Landflächen aber immer kleiner, und viele mußten sich notgedrungen mit Pachtland behelfen.

Die Arbeit wird mit Hilfe der Familienangehörigen erledigt, oftmals helfen sich die einzelnen Besitzer gegenseitig aus und nur selten wird ein Gärtnerbursche oder ein Tagelöhner gehalten. Soweit solche in Frage kommen, arbeiten sie bei mehreren Arbeitgebern, bei jedem regelmäßig an bestimmten Wochentagen. Gärtnerburschen werden gehalten zur Pflege der Pferde und um die Ware auf den Markt zu bringen. Eine moderne Bewirtschaftung mit dem Pflug oder gar mit der Gartenfräse ist bei den kleinen, oft sehr zerstreut liegenden Ländereien gar nicht möglich. Die meisten dieser Gemüsegärtner besitzen keine Mistbeete, sondern betreiben nur Freilandkultur und bringen die Waren selber auf den Markt. Die mit einem Hund bespannten Drückkarten beleben noch heute das Straßenbild.

Trotz langer Arbeitszeit und körperlich schwerer Arbeit fristet ein großer Teil der Gemüsegärtner aber nur ein kümmerliches Dasein. Der ehemals gesunde und kraftstrotzende „Sachsehäuser Krautascht“ befindet sich in Degeneration. Ein Spiegelbild zeigt die Fachschule für ungelernete Gärtnerarbeiten in Frankfurt, in der nur Gärtnersöhne und Söhne der Tagelöhner anzutreffen sind. In folge schwerer Arbeit in frühesten Jugend sind sie körperlich schlecht entwickelt und durch die Überarbeit für den Unterricht fast unbrauchbar.

Das Ausdehnungsbedürfnis der Stadt Frankfurt a. M. erfordert nun die Anlage neuer Verkehrsstraßen und beengt das zur Verfügung stehende Gelände immer mehr. Eine neue Zeit pocht an die alten überlieferten Produktionsmethoden und verlangt neue moderne Anlagen.

Auf einer immer kleiner werdenden Fläche soll der Bedarf einer Großstadt herangezogen, oder er muß aus der Ferne auf ausgebauten Verkehrswegen herangeschafft werden. Dazu gehören moderne technische Anlagen, deren Unkosten ein Kleingärtner zu tragen nicht imstande ist. Diese Entwicklung voraussehend, ist man dazu übergegangen, in Frankfurt a. M.-Oberad eine moderne Gärtneriedlung zu schaffen. Mit Hilfe der Stadt Frankfurt a. M. und mit erheblichen Mitteln des Staates entstanden hier in kurzer Zeit zwanzig Wohnhäuser mit anschließenden Gewächshausanlagen (Blockhäuser nach holländischem Muster), Mistbeeten, modernen Regenanlagen und dazugehörigem Freiland. Alle Fortschritte in der Technik wurden ausgenutzt mit Ausnahme der elektrischen Beheizung, die vorläufig noch zu kostspielig ist. Die Anlage ist bereits im Betrieb und werden bereits Salat, Bohnen und Tomaten angepflanzt. Gewiß werden noch mancherlei Erfahrungen nötig sein, bevor die bisherigen Freilandgärtner es gelernt haben, die Blockhäuser rentabel zu bewirtschaften. Noch mehr Schwierigkeiten dürfte der genossenschaftliche Verkauf mit sich bringen, weil sich kurzsichtiger Krämergeist nicht so leicht umstellen läßt. Das genossenschaftliche Zusammenwirken und das dazu notwendige gegenseitige Vertrauen wird erst allmählich sich entwickeln lassen. Menschen, die bisher, vielleicht durch die Verhältnisse gezwungen, nur auf ihren persönlichen Vorteil eingestellt waren, können nicht über Nacht Genossenschaftler werden. Ob der Weg, der hier beschritten wurde, der richtige ist, muß erst die Zukunft lehren. Uns will scheinen, als sei hier der Erhaltung des Kleinmeistertums zuviel Rechnung getragen und eine zu geringe Garantie dafür gegeben, daß die dort angelegten Gelder aus Mitteln der Volksgesamtheit auch nur im Interesse der Volksernährung verwandt werden.

Fuchs.

Arbeitskämpfe und Tarife

Für die Baumschulen in Stralsund wurde durch Verhandlungen vor dem Schlichter in Stettin eine Erhöhung der Löhne der männlichen Arbeitnehmer um 3 Pf. ab 13. Juni und eine weitere Erhöhung um 1 Pf. ab 15. Oktober erreicht. Die Löhne der Arbeiterinnen werden ab 13. Juni um 2 Pf. erhöht.

Für die Kollegenschaft des Parkes in Muskau fanden Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß in Görlitz statt, die zu einer Einigung führten. Die Spitzenlöhne werden ab 13. Juni um 2 Pf. erhöht, die übrigen Löhne anteilig.

Für die Landschaftsgärtnerei in Essen ist die Arbeitszeit neu geregelt. Sie beträgt 48 Stunden wöchentlich; jede Überstunde wird nach § 6a der Arbeitszeitverordnung mit 20 Proz. Aufschlag bezahlt. Es werden weitere Verhandlungen geführt, die den Abschluß eines Bezirkstarifes für die Landschaftsgärtnerei von Essen, Mülheim, Duisburg und Oberhausen zum Ziele haben.

Auch für die Landschaftsgärtnerei in Westfalen ist die Arbeitszeit im Einverständnis mit dem Landesverband des Reichsverbandes geregelt. Die Arbeitszeit beträgt 8 Stunden, Überstunden werden mit 25 Proz. Aufschlag bezahlt. In diesen Bezirken bestand bisher keine Vereinbarung.

In Stuttgart mußte der Überstundenzuschlag für die Landschaftsgärtnerei vor dem Schlichtungsausschuß geregelt werden. Bisher wurde die 49.—53. Stunde von März bis Juni ohne Aufschlag, in der übrigen Zeit mit 10 Proz. Aufschlag bezahlt. In Zukunft wird die 49.—53. Stunde von März bis Juni mit 10 Proz., in der übrigen Zeit mit 20 Proz. Aufschlag bezahlt. Wir sind der Ansicht, daß es in der Landschaftsgärtnerei nicht notwendig ist, in der Zeit von März bis Juni einen geringeren Zuschlag zu zahlen.

Für Bayern ist auf dem Verhandlungsweg das Mehrarbeitszeitabkommen vom Februar 1925 beseitigt. Dadurch ist für die Landschafts- und Friedhofsgärtnerei der Achtstundentag wiederhergestellt, Überstunden werden mit 25 Proz. Aufschlag bezahlt. Über die Arbeitszeit in der Erwerbs- und Staatsgärtnerei Bayerns ist noch keine Einigung erfolgt.

Berichte

Ein seltenes Jubiläum.

Sein 50 jähriges Arbeitsjubiläum konnte im Juni d. J. der Kollege Heinrich Thiele I im Berggarten zu Herrenhausen begehen, zu gleicher Zeit aber auch sein Sohn Heinrich Thiele II auf eine 25 jährige Tätigkeit im gleichen Betriebe zurückblicken. Wir beglückwünschen Vater und Sohn, die beide Mitglieder unseres Verbandes sind, zu diesem seltenen Jubiläum und wünschen ihnen, noch recht lange in ihrem jetzigen Wirkungskreis tätig sein zu können.

W. Adam.

Die fachliche Weiterbildung in Leipzig.

Durch einen im Dezember 1926 in unserer Versammlung gehaltenen Vortrag über die „Befruchtung der Blüten“ angeregt, wurde der Wunsch laut, in den kommenden Versammlungen Vorträge über die Pflanzenbiologie anzusetzen. Diese Anregung verdichtete sich zur Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Januar 1927. Das Ziel dieser Arbeitsgemeinschaft lag in der gemeinsamen Durcharbeitung gärtnerischer Werke. Es zeigte sich bald, daß die Teilnehmer voll und ganz bei dieser Arbeit waren, und so gelang es, sie geschlossen einem Kursus der „Leipziger Volkshochschule“ über die Vererbungslehre zuzuführen. Durch die rege Anteilnahme unserer Mitglieder, die sich besonders an den gestellten Fragen zeigte, wurde der Kursus in rein gärtnerische Bahnen gelenkt und anschließend durch einen zweiten Kursus über die Blütenbiologie ergänzt. Die Teilnehmer sind voll befriedigt von dem Gebotenen und wünschen, daß der eingeschlagene Weg weiter verfolgt wird.

Durch botanische Führungen, veranstaltet von unserem Verband, werden die Kurse erweitert und praktisch ausgewertet. Den Beginn der neuen Veranstaltungen werden wir durch besondere Rundschreiben bekannt geben.

A. Meißner, Leipzig.

„22 500 Mitglieder?“

oder

„Christliche Wahrheitsliebe.“

In Nr. 13 der „A. D. G.-Ztg.“ mußten wir in einem Artikel „Wie ein nationaler Christ zu seinen Behauptungen steht“ mal wieder die Wahrheitsliebe unserer Gärtnerchristen feststellen. Bekanntlich hatte man einem unserer Verbandsvertreter unterschoben, er habe in einer Liegnitzer Versammlung mit 22 000 Mitgliedern renommiert.

Wie erstaunt waren wir aber, als wir in einer Magdeburger Versammlung des christlichen Gärtnerverbandes auf die Anfrage eines Kollegen, wieviel Mitglieder der christliche Verband eigentlich habe, hören mußten — und zwar offiziell vom Vorstandstisch aus —: Der Deutsche Gärtnerverband hat 22 500 Mitglieder! — Also sogar noch 500 mehr als die uns angedichtete Zahl.

Im Jahre 1920 gab der damalige und jetzt wieder amtierende 1. Vorsitzende des christlichen Verbandes, Herr Wellmann, in

einer Gutsgärtnerversammlung nach längerem Drängen die Mitgliederzahl seines Verbandes mit 6000 an (zweifellosermaßen hat er damals schon mindestens mit 10 multipliziert). Wahrhaftig ein glänzender Aufstieg in sieben Jahren — Und trotzdem Abbau auf der ganzen Linie — Eine Geschäftsstelle dieses Verbandes nach der anderen ist eingezogen worden; wir wollen hier nur an Köln, Essen usw. erinnern.

Versuchen wir, das Rätsel zu lösen. Bis zum Jahre 1925 war der christliche Gärtnerverband bekanntlich nur ein Anhängsel des christlichen Landarbeiterverbandes. Im Juni 1925 wurde dann durch Aufruf in der „Deutschen Gärtnerzeitung“ ein Verselbständigungssatz gesammelt, und kurze Zeit darauf verkündete dieselbe Zeitung stolz: Der Deutsche Gärtner-Verband ist wieder selbständig. Mit dieser Selbständigkeit scheint es jedoch nicht weit her zu sein. Die verschiedensten Anzeichen, über die wir uns heute noch nicht näher auslassen wollen, deuten darauf hin, daß der christliche Gärtnerverband auch jetzt noch mindestens in einem sehr starken finanziellen Abhängigkeitsverhältnis zum christlichen Landarbeiterverband steht. Die „Selbständigkeit“ ist also nur ein Mittel zur Propaganda.

Zieht man dieses Verhältnis in Betracht, dann dürfte vielleicht die Zahl von 22 500 stimmen, nur verschweigt man dabei schamhaft, daß sich diese Mitgliedschaft nicht aus 22 500 Gärtnern zusammensetzt, sondern mindestens 97 Proz. dieser Zahl biedere Land- und Waldarbeiter sind.

Also, liebe Brüder in Christo, den Mund nicht gar so voll genommen, sonst kann es euch noch sehr oft passieren wie in Magdeburg, daß die Versammlungsbesucher solchen allzu dick aufgetragenen Schwindel sofort durchschauen und euch allein lassen, um anschließend in die Versammlung des „Verbandes der Gärtner und Gärtnereiarbeiter“ zu gehen und dort Mitglied zu werden.

Pleite der christlichen Genossenschaftsgärtnerei in Münster.

In Ergänzung unserer Notiz in der vorigen Nummer „Die deutsche Eiche im Absterben“ wird uns aus Münster in Westf. berichtet, daß die dortige, auch mit großem Tamtam seinerzeit gepriesene Genossenschaftsgärtnerei des christlichen und deutschen nationalen „Gärtnerverbandes“ längst mit einer jämmerlichen Pleite ausgelitten hat. Es ist das verdiente Schicksal dieses ziemlich überflüssigen Verbändchens, daß alle seine „großen“ Aktionen mit Schiffbruch enden.

Rundschau

Die A stern-Revolution.

Die ungarische Revolution 1918 hatte nicht nur ihre Kämpfer, sondern auch ihre Dichter. Einer von denen war Endre Ady, der schon im Jahre 1910 prophetischen Geistes die kommenden Ereignisse vorausahnte in seinem Gedicht: „Die A stern“. Es heißt darin: „A stern, . . . Proletariernädchen, ihr werdet noch einmal zu Wunderblumen!“ Als acht Jahre später, im Oktober des Jahres 1918, das Wunder der ungarischen Revolution kam, standen die A stern in voller Blüte. Und leuchtend marschierten sie aus den nahen Gärten an den Mützen der Soldaten — statt der abgerissenen königlichen Kokarden — in die Stadt. Hier aber wurden sie von ihren weißen Schwestern empfangen: es regnete A stern aus den Fenstern! Diesen blutlosen Aufstand nennt man heute noch: „Die A stern-Revolution“.

Bekanntmachungen

Braunschweig. Die Verwaltung hat jeden 1. Sonnabend im Monat, abends 8 Uhr, ihre Mitgliederversammlung im Restaurant Ulrici in Braunschweig auf dem Sack. Vorsitzender ist: Kollege Obergärtner Karl Bischoff, Zimmerstr. 4; Kassierer: Kollege Richard Mittendorf, Braunschweig-Gliesmarode, Staatlicher Versuchsgarten; Schriftführer: Kollege Hermann Grau, Friesenstraße 28. — Jedes Mitglied ist zur Agitation verpflichtet!

Adressen von Unorganisierten sind bei den obengenannten Kollegen zu melden.

Frankfurt a. M. Gauausflug Sonntag, den 14. August, nach dem Schloßgarten in Schwetzingen. Abfahrt Frankfurt a. M. 6.28 Uhr Hauptbahnhof, Bahngleis 11. (Sonntagskarte 4 M.) Ankunft in Schwetzingen 8.34 Uhr. Nachmittags Besichtigung von Mannheim und kollegiales Zusammensein im dortigen Gewerkschaftshaus. Fuchs, Frankfurt a. M.

Portoerhöhung. Ab 1. August 1927 treten neue Portosätze in Kraft; wir geben nachstehend die wichtigsten bekannt und bitten, nach diesen Sätzen zu frankieren, damit Strafporto vermieden wird. Postkarten: Ortsverkehr 5 Pfg., Fernverkehr 8 Pfg. — Briefe: Ortsverkehr bis 20 Gramm 8 Pfg., bis 250 Gramm 15 Pfg., bis 500 Gramm 20 Pfg.; im Fernverkehr bis 20 Gramm 15 Pfg., bis 250 Gramm 30 Pfg., bis 500 Gramm 40 Pfg. — Drucksachen: bis 50 Gramm 5 Pfg., bis 100 Gramm 8 Pfg., bis 250 Gramm 15 Pfg., bis 500 Gramm 30 Pfg., bis 1000 Gramm 40 Pfg. — Zahlkarten: bis 10 M. 10 Pfg., bis 25 M. 15 Pfg., bis 100 M. 20 Pfg., bis 250 M. 25 Pfg., bis 500 M. 30 Pfg.

Sterbetafel

Am 17. Juli verstarb das Mitglied der Verwaltung Groß-Berlin unser Kollege **Hermann Bohn**, Mariendorf, im 52. Lebensjahre. Ehre seinem Andenken!

Bücherschau

Der „Wahre Jakob“, der in der Witzblatt-Literatur Deutschlands eine überaus bedeutsame Rolle gespielt hat, wird ab 1. Juli d. J. vom Verlag J. H. W. Dietz Nachf. erneut herausgegeben.

Sonnetage, von Martin Andersen Nexö, Reisebilder aus Andalusien. — In blendenden Farben schildert Nexö die südliche Landschaft. Man glaubt, selbst mit zu reisen, selbst mit zu erleben. In fesselnder Form beschreibt er Land und Leute sowie seine Abenteuer und Erlebnisse in allen Schichten der dortigen Bevölkerung. Das Buch gewährt einen tiefen Einblick in die alte, Jahrhunderte zurückliegende maurische Kultur, aber auch in das heutige Leben und die sozialen Verhältnisse des spanischen Volkes. — Die Büchergilde Gutenberg, Berlin, in deren Verlag das Buch erschienen ist, hat einen guten Griff mit der Herausgabe getan. Der monatliche Beitrag zur Büchergilde beträgt 1 Rm., wofür vierteljährlich ein Buch geliefert wird. Geschäftsstelle der Büchergilde: Berlin SW 61, Dreibundstr. 5. Kirsche.

Grundfragen des Arbeitsrechts. Fünf Vorträge von Hugo Sinzheimer, Georg Flatow, Heinz Potthoff, Clemens Nörpel, Lutz Richter. Herausgegeben von Gertrud Hermes. 56 Seiten. 1927. Berlin, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, G. m. b. H. Preis 1,80 M.

GUGALI
DIE AUSSTELLUNG
DES JAHRES 1927
IN DEUTSCHEM GARTENBAU
U. SCHLESISCHEM GEWERBE
13. bis 16.
August
Zweite
Rosenschau
VERANSTALTET VON DER STADT
LIEGNITZ
JUNI-SEPTEMBER
Gartenkies
Kieswerk Bergwitz
Charlottenburg 2, Bleibireu-Straße 12

Bei Bedarf
bitten wir die
Jureuren der
„Gärtner-Zg.“
zu berücksichtigen.
Sie kaufen gut
und preiswert
Gärtner
für Sanatorium-, Obst- und
Gemüsegärtnerei. 25 Morgen
Park, Imkerei — für 1. Ok-
tober gesucht. Wohnung
vorhanden. Bevorzugt wird
geeigneter Bewerber, der
mit dem neuesten lichen Röh-
terschen Verfahren vertraut
ist. Bewerbungen mit Zei-
nisabschriften, Lichtbil-
Referenzen und Gehaltsan-
sprüchen erbeten an
Rudolf Just's
Kurort Jungsborn,
Jungsborn 1. H.

Pillnitz
ab 1. Oktober
Winterleibgang,
auch Gasthörs.
Schülerheim.
Anstaltsschriften und Briefaufkunft.

Original
KUNDE

Original
KUNDE

Original
KUNDE

S. KUNDE & SOHN
Gegründet 1787
DRESDEN 21 / Kipsdorfer Str. 106 p
Kataloge gratis und franko

Arcona Räder
setzen Ihren Siegeszug fort!
Meisterschaft von Deutschland
1926 gewann Wittig . . . auf
15. Berl. 6 Tage-Rennen gewann
MacNamara — Moran auf
17. Berl. 6 Tage-Renn. gewann
Wambäl — Laquehage auf
Die Weltmeisterschaft
gewann Willey auf
Die bedeutendsten Rennfahrer der Welt
benutzen zuden längsten und schwierigsten
Rennen das leichtlaufende Arconarad,
die Qualitätsmarke von hoher Klasse.
Verlangen Sie Katalog gratis
Ernst Machnow Berlin C. 34.
Größtes Fahrrad-Spezial-Haus Deutschlands